

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicolas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kuchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 161.

Bezugspreis-Vierteljahr: 7.

Freitag, den 14. Juli

Telegramm-Adresse: Tageblatt.

1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwidauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Bekanntmachung, das Heimatsfest betr.

Morgen

Freitag, den 14. dts. Mts.,
abends 7/9 Uhr

findet im Rathsaal eine
allgemeine Einwohnerversammlung betreffs des Heimatsfestes
statt, wozu insbesondere auch die städtischen Kollegien und die dem
erweiterten Festausschusse angehörenden Herren hierdurch
ergernt eingeladen werden.

Lichtenstein, am 13. Juli 1905.

Der Stadtrat.

Stedner,
Bürgermeister.

Stadtsparkasse Gallenberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %.

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten
Sparanlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vor-
mittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags und behandelt alle Ge-
schäfte streng geheim.

Sparkasse zu St. Egidien.

Geöffnet: Dienstags und Freitags von nachmittags 3 bis 6 Uhr. Die
Einlagen werden mit 3 1/2 % verzinst und geheim behandelt. Geschäfts-
lokal: Gemeindeamt daselbst.

Die Maiseier.

Auf der Tagesordnung des diesjährigen sozial-
demokratischen Parteitagcs, die sofort nach
ihrer Veröffentlichung eine lebhaftc Kritik in der
Partei-Prese hervorgerufen hat, befinden sich zwei
Themata, deren Behandlung nicht ganz einfach vor
sich gehen dürfte. Diese Themata sind der politi-
sche Massenstreik und die Maiseier.
Einige Führer haben die Fragen in der Presse
weiter behandelt, u. a. die Genossen Bernstein und
Eim. Beide gelangen in ihren Ausführungen über
die Maiseier nicht zu dem gleichen Ergebnisse. Zwar
bekennt der eine wie der andere, daß die Arbeits-
einstellungen am 1. Mai nicht den erhofften demon-
strativen Wert erlangt haben, und beide verstehen
die Haltung der Gewerkschaftsführer, insofern diese
den Zeitpunkt der Kraftprobe jedesmal selbst, nach
den von Gewerbe zu Gewerbe wechselnden Wirt-
schaftsbedingungen bestimmen wollen. Sie räumen
ein, daß beispielsweise die Schneiderei die
Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Schaden erzwingen
kann, während das bei dem Baugewerbe nicht der
Fall ist. Aber Abg. v. Elm läßt sich durch solche
Erwägungen nicht bestimmen, einer weiteren
Propagierung der Arbeitsruhe entgegenzuarbeiten.
Aus politischen Gründen, die für ihn den Ausschlag
geben, erklärt er sich vielmehr für eine wirksamere
Gestaltung des einmal eingebürgerten Demonstration-
tages. Auch Bernstein schließt sich nicht gerade
jenem Referenten auf dem Gewerkschaftskongresse an,
der das Falllassen der Arbeitseinstellung am 1.
Mai wünschte, doch kommt er zu der Ansicht, daß
international nur vereinbart werden kann, den 1.
Mai als das Fest der großen Ziele des Sozialismus
allerorts feierlich zu begehen, es aber den ein-
zelnen Ländern oder Organisationen zu überlassen,
mit diesem Fest diejenigen Demonstrationen zu ver-
binden, die sie aus ihren besonderen Verhältnissen
heraus für angezeigt und zweckmäßig halten." Er
vermißt an der deutschen Sozialdemokratie durch-
aus die Einheitlichkeit, er bemerkt, daß es
seine Partei bisher noch nicht fertig gebracht habe,
ein wirkliches sozialistisches Volksfest von Dauer,
von der intensiven Kraft der alten, von der Kirche
übernommenen Feste ins Leben zu rufen, und er
hat den Wunsch, dem Eindrucke der Kölner Ver-
handlungen, wonach die Gewerkschaften wenig Lust
haben, die Demonstrationen durch Arbeitsruhe fort-
zusetzen, auf dem Parteitage durch neue liche
Prüfung der ganzen Frage Rechnung zu tragen.
Während v. Elm also politische Gründe in den
Vordergrund schiebt, haftet Bernstein mehr an den
wirtschaftlichen: während der Eine entschieden für die
Beibehaltung der Arbeitsruhe ist, behandelt der Andere
die Frage ganz opportunistisch. Gehen zwischen
diesen beiden Parteipublizisten die Meinungen über
die zukünftige Gestaltung der Maiseier auseinander,
so sind auch in den großen Kreisen der Partei die
Ansichten über den Wert des „Weltfeiertags“ verschieden.
Zu eigenartigem Ausdruck kam das kürzlich in einer
Berliner Parteiverammlung, in der nach

Willen der Einberufer dem Vertreter des fünften
reichshauptstädtischen Wahlkreises eine Klage
erteilt werden sollte, weil er sich in Köln gegen die
Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen hatte. Die
demgemäß formulierte Resolution fand auch zunächst,
bei der Verteilung, einigen Beifall; als aber der Abg.
Schmidt zu seiner Verteidigung anführte, daß die
jetzige Maiseier in ihrem ganzen Verlauf nicht allzu-
würdig und jedenfalls bei dem wenig imponierenden
Umfange der Arbeitsruhe eine Halbheit sei, und
als ein anderer Genosse sich in gleichem Sinne äußerte,
da änderte sich die Stimmung in der Versammlung
dermaßen, daß jene Resolution schleunigst zurückge-
zogen wurde. Man ist sich also vielfach in der
Partei über das Zweckmäßige der ganzen Veranstaltung
im klaren. Aber neben den politischen Gründen, die v.
Elm nur sehr flüchtig und allgemein andeutete, ist es
vor allem die Rücksicht auf das zu erwartende Urteil
der Gegner, die die Partei bestimmen wird, an den
Maidemonstrationen mit Arbeitseinstellung festzuhalten.
Immerhin dürfte die Behandlung der Frage auf dem
Parteitage ein politisches Interesse haben.

Rußland.

Infolge der Ermordung des Grafen Schwaloff
in Moskau ist die beabsichtigte Reise des
Zaren nach Moskau auf unbestimmte Zeit
verschoben worden.

Auf Grund der Aussagen des Mörders
des Stadthauptmanns von Moskau, Grafen
Schwalow nahm die Polizei eine große Anzahl
Verhaftungen vor und hob eine Bomben-
werkstätte auf.

Der Zar hat zum Minister des Innern
Admiral Wirilew ernannt und gab der Ueber-
zeugung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, eine
vollständige Reorganisation des Marine-
ministeriums durchzuführen. Wirilew ist 63
Jahre alt.

Aus Tiflis wird gemeldet: Gestern wurden
in der Vorstadt Amalabar auf einen Polizei-
leutnant drei Schüsse abgefeuert, die diesen töd-
lich verwundeten. Bald darauf wurde aus einem
Wagen im belebtesten Viertel der Stadt, von einem
als Studenten gekleideten Individuum eine Bombe
geworfen. Die Wirkung der Bombe war eine
schreckliche. 15 Personen, darunter einige
Polizeibeamte, Frauen, Kinder, wurden getötet.
Der Täter ist verhaftet worden. Ebenso wurde ein
Arbeiter verhaftet, bei dem 52 Bomben ausge-
funden wurden, und ein junges Mädchen, das sich
im Besitze von drei Bomben befand. Weitere 57
Bomben wurden bei einem Arsenalarbeiter auf-
gefunden.

Ferner meldet man aus Lodz: Ein peinlicher
Vorfall spielte sich hier zwischen zwei Offizieren der
Garnison ab. In einem Hotel grüßten zwei ange-
sehungene Kosakenoffiziere nicht vorchriftsmäßig den
Divisionsgeneral Szatilow. Auf dessen
Mahnung erwiderten sie: „Wenn die Panzer-
schiffe revoltieren, können wir es auch!“
Dabei drohten sie dem General mit Fäusten. Man

rief Dragoner herzu, die beide Offiziere arrestierten
und dem Kriegsgericht übergaben. Ein großer
Teil der in Lodz garnisonierenden Kosaken-
Sotnien wurde wegen Plünderungen und
Worden ebenfalls dem Kriegsgericht überwiesen.
Täglich sieht man auf der Straße arrestierte und ge-
fesselte Kosaken unter starker Eskorte. Bei den
Kasernen-Revisionen fand man viel Gold, Uhren,
andere Wertgegenstände und bares Geld in Massen
vor. Die Eigentümer der gestohlenen Wertgegen-
stände sind meist ermordet worden.

Wie aus Washington gemeldet wird,
hat die japanische Regierung der ameri-
kanischen Regierung bekannt gegeben,
daß der Kaiser von Japan keinen
Waffenstillstand einwilligt. Im
Gegenteil, der Krieg wird ebenso
kräftig fortgesetzt wie vorher.
Die japanische Regierung ist nicht geneigt, zuzugeben,
daß die Russen erst einen militärischen Vorteil von
einem Waffenstillstand erlangen und darnach einen
Friedensschluß ablehnen.

Die chinesische Regierung
hat kürzlich sowohl die russische und japanische,
als auch die anderen Gesandtschaften in Peking in Kenntnis
gesetzt, daß sie sich weigern würde, irgendwelche
Abmachungen bei der Friedenskonferenz anzuerkennen,
wenn chinesische Interessen in
Frage kämen, ohne daß China dabei zu Rate gezogen
werde. Die japanische Regierung
hat darauf höflich, aber deutlich geantwortet, daß
obige Note in keiner Weise Japans Pläne
oder Handlungen beeinflussen würde. Von der
russischen Regierung ist noch
keine Antwort eingegangen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hat, wie gerüchweise verlautet,
das Abschiedsgesuch des Oberstallmeisters
Grafen Wedel genehmigt und an seiner Stelle
den früheren Hofmarschall der Kaiserin Friedrich,
Kammerherrn Freiherrn v. Reischach zum
Oberstallmeister ernannt. Graf Wedel war viele
Jahre lang Vertrauter des Kaisers und war eine
der populärsten Persönlichkeiten Berlins.

* Fürst Karl Günther von Schwarz-
burg-Sondershausen feiert am 17. d. M. sein
25jähriges Regierungsjubiläum.

* Für den am 15. Juli 1905 mündig werdenden
Herzog Karl Eduard von Sachsen-Roburg-Gotha
hat der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-
Langenburg, der Sohn des Statthalters von
Elsaß-Lothringen, seit dem Jahre 1893, dem Todes-
jahre des Herzogs Alfred von Sachsen-Roburg-Gotha,
die Regierung geführt. Wenngleich die treffliche
Verwaltung der Roburg-gothaischen Lande durch den
Herzog Ernst und die nachfolgende Regierung des
Herzogs Alfred eine gute Grundlage für eine ge-
dehliche Entwicklung der beiden Herzogtümer ge-
legt hatten, fand der Regent während der fünf Jahre,